

Rede von Außenminister Wadephul vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen

27.9.2026 - Johann Wadephul | Auswärtiges Amt

Sehr geehrter Herr Präsident, man stelle sich vor, Kernwaffen würden von privaten Unternehmen entwickelt, sie würden auf dem Gelände von Unternehmen gelagert, und die Codes zur Zündung würden in einem Safe im Büro der Geschäftsführung aufbewahrt. Ein verstörender Gedanke.

Wenn eine Technologie die Macht hat, die Welt grundlegend zu verändern oder vielleicht sogar das Schicksal der Menschheit zu bestimmen, dann müssen wir uns folgende Fragen stellen:

Wer kontrolliert sie?

Wer legt die Regeln fest?

Wer ist verantwortlich?

Heute steht die Menschheit wieder vor einer technologischen Revolution, die genau diese Fragen aufwirft.

IT-Ingenieurinnen und -Ingenieure haben eine Technologie entwickelt, die den Lauf der Geschichte ändern kann, ohne dass sie mit Raketen oder von U-Booten aus eingesetzt werden muss.

Natürlich spreche ich hier von künstlicher Intelligenz –

einer Technologie mit scheinbar unbegrenzter Macht.

Gerät sie in falsche Hände, kann sie unsere Volkswirtschaften aus den Angeln heben und unsere Existenzgrundlagen gefährden.

Sie kann durch das Verbreiten vermeintlich echter, tatsächlich aber falscher Informationen das Vertrauen innerhalb unserer Gesellschaft potenziell untergraben.

KI kann eine Gefahr für die Infrastruktur darstellen, auf deren Grundlage unsere Gesellschaft funktioniert.

Letztendlich kann sie Entscheidungen beeinflussen, die über Frieden und Sicherheit auf der Welt bestimmen.

Gleichzeitig birgt künstliche Intelligenz ein enormes Potenzial.

Sie kann die Gewinnung wissenschaftlicher Erkenntnisse beschleunigen,

die Gesundheitsversorgung und Bildung auf der ganzen Welt verbessern,

Chancen für wirtschaftliche Entwicklung schaffen, Ungleichheiten beseitigen und uns bei der Überwindung von Herausforderungen helfen, die kein Land allein bewältigen kann.

Man stelle sich nur einmal eine Welt vor, in der man mit der Hilfe von KI Hungersnöte verhindern und Krebs heilen kann.

Genau das macht KI so mächtig – im guten wie im schlechten Sinne.

Es bestehen jedoch gefährliche Spannungen.

Die Unternehmen, die über den weitaus größten Anteil aller KI-Patente weltweit verfügen, haben ihren Sitz in nur zwei wichtigen Ländern.

Das verleiht einer sehr kleinen Gruppe enormen Einfluss.

Eine solche Macht zieht Verantwortung nach sich, nicht nur gegenüber Kunden, Aktionären oder Regierungen,

sondern auch gegenüber der Menschheit.

Und wenn Macht global wird, muss auch die Verantwortung global werden.

Die Vereinten Nationen wurden genau für einen solchen Moment geschaffen:

wenn eine Herausforderung zu groß ist, als dass eine Nation allein sie stemmen kann.

Wenn Risiken gemindert werden müssen, um die Menschen weltweit zu schützen.

Und wenn Chancen so genutzt werden müssen, dass die größten und die kleinsten, die reichsten und die ärmsten Mitgliedstaaten davon profitieren.

Heute jedoch stehen die Vereinten Nationen selbst unter Druck.

Es gibt Großmächte, die glauben, sie kommen weiter, wenn sie die in der VN-Charta niedergelegten Regeln missachten.

Durch die Aushöhlung des Völkerrechts wird der gewaltige zivilisatorische Fortschritt gefährdet, für den die Vereinten Nationen stehen.

Das Bekenntnis zu Frieden.

Der Grundsatz der souveränen Gleichheit aller Staaten.

Der Glaube an Normen und Regeln.

Die Überzeugung, dass jedem menschlichen Wesen Würde innewohnt.

Die Untergrabung dieser Grundsätze mag den Interessen einiger weniger dienen – sie glauben, sie seien mächtig genug, um in einer Welt ohne Normen zu überleben oder ihre eigenen Regeln aufzustellen.

Für uns, die überwältigende Mehrheit der 193 Staaten, die in der Generalversammlung vertreten sind, ist das schlecht.

Wir wissen, dass die Menschen weltweit den Preis dafür zahlen müssen, wenn die Achtung des Völkerrechts untergraben wird. Und wenn die Institutionen, die es bewahren, angegriffen werden.

Wenn sich dieser Prozess der Untergrabung fortsetzt, werden wir alle zu Verlierern.

Doch dieser Druck auf die internationale Ordnung geht nicht nur von politischen Akteuren aus. Er

entsteht auch durch die Kräfte der technologischen Revolution.

Daraus ergibt sich eine entscheidende Frage: Wie befähigen wir unsere internationalen Institutionen dazu, mit den Technologien Schritt zu halten, die unsere Welt neu gestalten?

Angesichts dieser Frage wird es nicht ausreichen, wenn wir uns nur auf das berufen, was wir an den Vereinten Nationen noch haben oder in der Vergangenheit hatten.

Und es wird auch nicht helfen, ihre Schwächen auszublenden.

Wir brauchen Ehrlichkeit, Realismus und Kooperation.

Ehrlichkeit in unseren Analysen, Realismus bei unserer Zielsetzung und Kooperation als unsere Arbeitsmethode.

Wir müssen anerkennen, dass viele der Pfeiler unseres gemeinsamen Hauses die Last, die wir ihnen aufbürden, nicht tragen können.

Wir müssen entscheiden, welche Teile des Hauses wir erhalten und welche wir neu bauen wollen.

Damit dieses Unterfangen gelingt, muss der neue Generalsekretär oder die neue Generalsekretärin einen tiefgreifenden Reformprozess anführen.

Vor allem müssen wir die Lücke schließen zwischen den Erwartungen, die wir an die Vereinten Nationen haben, und den Fähigkeiten, mit denen wir sie ausstatten.

Erstens brauchen wir funktionierende Vereinte Nationen, die eine aktive Rolle bei der Lösung von Konflikten spielen, anstatt sie nur zu verwalten.

In Zeiten, in denen der Sicherheitsrat als zentrales Gremium der Entscheidungsfindung gelähmt ist, ist dies schwieriger als je zuvor.

Seine Reform muss nach wie vor weit oben auf unserer Agenda stehen.

Deutschland steht für Frieden und Sicherheit ein.

Heute sind mehr Menschen als je zuvor von gewaltsamen Konflikten betroffen. Gleichzeitig stehen für jeden Mitgliedstaat nur begrenzte Ressourcen zur Verfügung.

Deshalb müssen wir unsere Kräfte bündeln, um Konflikte zu beenden.

Deutschland ist heute der größte Unterstützer der Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russische Aggression.

Diese Aggression wird von einer überwältigenden Mehrheit in der Generalversammlung konsequent verurteilt.

Russlands Krieg richtet sich gegen das Leben von Millionen unschuldiger Menschen, die Existenz des ukrainischen Staates und der ukrainischen Kultur sowie die europäische Friedensordnung.

Er gefährdet lebenswichtige Getreidelieferungen für Millionen von Menschen, insbesondere in Afrika, in Asien und im Nahen Osten.

Er zeugt von Verachtung für die VN-Charta und die gemeinsame Ordnung, auf die wir uns stützen.

Deshalb werden wir Russland weiterhin nachdrücklich auffordern, endlich an den Verhandlungstisch zu kommen.

Ich rufe jeden Mitgliedstaat auf, Russland gemeinsam mit uns davon zu überzeugen, dass über die Zukunft am Verhandlungstisch entschieden wird und nicht durch das Töten von Menschen in Städten und Dörfern.

Der Tag, an dem es endlich zu Verhandlungen kommt, wird ein guter Tag für die Vereinten Nationen sein.

Deutschland übernimmt auch außerhalb Europas Verantwortung für Frieden und Sicherheit, etwa in Haiti, wo wir unseren Beitrag zur internationalen Mission für die Bekämpfung der Bandenkriminalität erheblich aufgestockt haben.

Auch Sudan dürfen wir nicht vergessen. Auf der Sudan-Konferenz im April in Berlin haben wir gemeinsam mit unseren Partnern über 1,7 Milliarden US-Dollar mobilisiert, um die größte humanitäre Katastrophe unserer Zeit einzudämmen.

Zweitens stehen wir für eine friedliche und gerechte internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit.

Neuer Nationalismus wäre ein Irrweg.

Ganz gleich, was seine Vertreter prophezeien: In Wahrheit würde unser Leben dadurch eingeschränkter, ärmer und weniger sicher.

Stattdessen müssen die weltweiten Handelsbeziehungen diversifiziert und vertieft werden, und zwar im Rahmen einer gerechten Handelsordnung.

Kein Land sollte es hinnehmen müssen, dass Rohstoffe dafür benutzt werden, Gehorsam zu erzwingen.

Oder dass Lieferketten zu Druckmitteln werden.

Keiner von uns ist demgegenüber machtlos.

Dort, wo wir zusammenarbeiten, befreien wir uns von einseitigen Abhängigkeiten und eröffnen neue Freiräume.

Gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Union haben wir durch neue Handelsvereinbarungen, Kooperationsabkommen und Partnerschaften mit dieser Arbeit begonnen.

Diese Partnerschaften bauen auf gegenseitigem Respekt, gemeinsamen Regeln und der gemeinsamen Achtung des Völkerrechts auf.

Sie tragen auch dem glücklichen Umstand Rechnung, dass sich viele Länder des globalen Südens außerordentlich erfolgreich entwickeln.

Der gleiche Grundsatz der Partnerschaft und Kooperation gilt auch für Technologie.

Der Zugang zu Rechenleistung, Daten, Fachwissen und Infrastruktur wird zunehmend darüber bestimmen, wer Innovationen einführen kann und wer die Regeln, die von anderen festgelegt werden, einfach akzeptieren muss.

Zusammenarbeit muss daher Fähigkeiten schaffen, nicht neue Abhängigkeiten.

Drittens wollen wir auf die großen globalen Fragen unserer Zeit gemeinsame Antworten finden.

Niemand hier schafft das allein – nicht einmal die größten Staaten unter uns.

Gemeinsam mit all denen, die bereit dazu sind, werden wir unsere Anstrengungen zur Bewältigung des menschengemachten Klimawandels und seiner verheerenden Folgen zügig und effektiv fortführen.

Wir sind gezwungen, neue Wege zu beschreiten, und zwar schnell.

Doch nirgendwo ist das zwingender nötig als auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz.

Wir tragen gemeinsam Verantwortung dafür, sicherzustellen, dass diese Technologie im Dienste der Menschenwürde steht.

Dies ist besonders dringend, da sie bereits das Fundament unserer Gesellschaft verändert.

Die KI wartet nicht darauf, dass unsere Institutionen aufholen.

Unsere Institutionen müssen die KI einholen.

Zu Beginn meiner Ausführungen habe ich drei Fragen gestellt:

Wer kontrolliert neue Technologien?

Wer legt die Regeln fest?

Und wer ist verantwortlich?

Wir können sie nicht beantworten, indem wir einfach darauf vertrauen, dass diejenigen mit den größten Fähigkeiten stets im Interesse aller anderen handeln werden.

Wir müssen gewährleisten, dass der technologische Fortschritt in einem Rahmen stattfindet, dessen Ausgestaltung wir alle mitbestimmen.

Das heißt, wir müssen die Kapazitäten aufbauen, um zunehmend leistungsfähige KI-Systeme verstehen und bewerten zu können.

Das heißt, wir müssen sicherstellen, dass alle Regionen an der Formulierung der Regeln mitwirken können.

Und es heißt auch, dass wir von freiwilligen Zusagen zu mehr Transparenz gelangen und gemeinsame Standards entwickeln müssen.

Deshalb ruft Deutschland alle VN-Mitgliedstaaten auf, sich für gemeinsame Sicherheitsanforderungen für die leistungsfähigsten KI-Modelle einzusetzen.

Es sollte vorgeschrieben sein, dass Anbieter diese Modelle vor der Veröffentlichung testen und schwere Sicherheitsmängel melden.

Diese Anforderungen sollten auf nationaler und regionaler Ebene wirksam kontrolliert werden.

Die KI-Branche wird ihren Beitrag dazu leisten müssen und auch weiterhin dafür verantwortlich sein, den Weg zu gestalten, den diese Technologie nehmen wird.

Gleichzeitig müssen wir für Rechenschaftspflicht sorgen – insbesondere dann, wenn potenziell der globale Frieden und die globale Sicherheit betroffen sind.

Im Lauf dieser Woche haben wir unsere Gespräche zu diesen Fragen vertieft.

Wie wir gemeinsam mit KI umgehen, ist eines der untrüglichen Zeichen dafür, ob wir die Stärke und den Willen besitzen, die Vereinten Nationen für die heutige Welt zu rüsten.

Der nächste Generalsekretär oder die nächste Generalsekretärin kann auf diesem Weg auf Deutschland zählen.

Durch unsere Geschichte, unsere Geografie und unsere Verfassung sind wir an die VN-Charta und die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte gebunden. Sie stehen im Zentrum unserer Staatlichkeit.

Technologien können sich ändern.

Doch ein Grundsatz bleibt: Macht muss mit Verantwortung einhergehen.

Und Fortschritt muss im Dienste der Menschenwürde stehen.

Die Welt befindet sich seit langem in einem Modus permanenter Eskalation.

Gleichzeitig navigieren die VN durch stürmische See.

Wir müssen uns entscheiden: Wollen wir das Boot, in dem wir alle sitzen, wirklich kentern lassen, oder werden wir unsere Stärken bündeln und es zurück auf Kurs bringen?

Wir haben die Werkzeuge dafür.

Gemeinsam können wir uns für Erneuerung einsetzen und eine friedliche Zukunft für kommende Generationen schaffen.

Vielen Dank.

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/2804086-2804086>